



„Bundesländer und EU-Entscheidungsprozesse“

Befragung der Abgeordneten sieben deutscher Landtage

29. November 2011

Ellen Schneider M.A.
Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)
Universität Mannheim
Telefon: 0621/181-2854
Ellen.Schneider@mzes.uni-mannheim.de

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	1
2. Befragung der Landtagsabgeordneten.....	2
3. Kurzzusammenfassung der Ergebnisse	3
4. Ergebnisse	5
4.1 Einschätzung der allgemeinen Informations- und Einflussmöglichkeiten.....	5
4.2 Einstellungen zu Europa.....	7
4.2.1 Einstellung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union.....	7
4.2.2 Integrationseinstellung	7
4.2.3 Verbundenheit.....	9
4.3 Einschätzungen zum Einfluss Europas auf die Landesebene.....	10
4.3.1 Einfluss Europas auf den Gestaltungsspielraum der Landespolitik im Allgemeinen	10
4.3.2 Entwicklung des Einflusses Europas in den letzten fünf Jahren	11
4.3.3 Wichtigkeit der Europäischen Union für die wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes	12
4.4 Einschätzungen zum eigenen Einfluss auf Europa	13
4.4.1 Persönlicher Einfluss auf Vorhaben der Europäischen Union.....	13
4.4.2 Wichtigkeit von Europa im Arbeitsalltag von Landtagsabgeordneten	14
4.5 Informations- und Einflusskontakte	17
4.5.1 Informationskontakte	17
4.5.2 Einflusskontakte.....	19
4.6 Wichtigkeit verschiedener Ressourcen	20

1. Einleitung

Die Umfrage „Landtagsabgeordnete und EU-Entscheidungsprozesse“ ist Teil des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten und von Professor Dr. Berthold Ritterberger und Dr. Arndt Wonka am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim geleiteten Forschungsprojekts „Die Politik der Mobilisierung: Nationale Parteien und EU-Entscheidungsprozesse“ (http://www.mzes.uni-mannheim.de/pro_d.php?n=291).

Mit Hilfe der Befragung „Bundesländer und EU-Entscheidungsprozesse“ soll untersucht werden, inwiefern Landesparlamentarier¹ europapolitische Inhalte zum Gegenstand ihres politischen Handelns machen. Hintergrund dieses Projekts ist die Diskussion über die Stärkung der Beteiligungsrechte und Unterrichtungspflichten der nationalen Parlamente durch den Vertrag von Lissabon, was vielfach auch als Möglichkeit für die Landtage interpretiert wird, ihre Rechte in der EU verstärkt geltend zu machen. Das hier vorgestellte Projekt möchte daher einen Beitrag zu der aktuellen wissenschaftlichen sowie politischen Diskussion leisten und herausfinden, ob und auf welche Weise Landtagsabgeordnete ihre Interessen in europäische Entscheidungsprozesse einbringen.

Dazu wurden den Landtagsabgeordneten zunächst Fragen zu ihren allgemeinen Informations- und Einflussmöglichkeiten sowie allgemeinen politischen Einstellungen, auch gegenüber der Europäischen Union gestellt. Darüber hinaus wurde ein Interaktionsnetz jedes teilnehmenden Landtagsabgeordneten erstellt. Dies erfolgte durch das Abfragen persönlicher Kontakte zum Informationsaustausch sowie zur Koordination gemeinsamer Positionen. Schließlich wurden die Landesparlamentarier gebeten, die Wichtigkeit verschiedener Ressourcen für die Verfolgung ihrer europapolitischen Interessen anzugeben. Die Antworten auf diese Fragen stehen im Mittelpunkt dieses Kurzberichts.

Um ein möglichst repräsentatives Bild der europapolitischen Aktivitäten deutscher Landtagsabgeordneter zu erhalten, wurde die Umfrage in sieben ausgewählten Bundesländern durchgeführt (Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen). Somit wird sichergestellt, dass Abgeordnete aus unterschiedlich großen Bundesländern, aus Ost- und Westdeutschland sowie aus wirtschaftlich unterschiedlich leistungsfähigen Regionen an der Befragung teilnehmen. Die ausgewählten Bundesländer weisen darüber hinaus Unterschiede in der parteipolitischen Zusammensetzung der jeweiligen Landesregierung auf.

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird die männliche Schreibweise verwendet. Selbstverständlich schließen alle Informationen Frauen und Männer gleichermaßen ein.

2. Befragung der Landtagsabgeordneten

Die Grundgesamtheit der Befragung bildeten alle 881 Landtagsabgeordneten in den sieben ausgewählten Bundesländern. Die Umfrage war als Internet- bzw. als postalische Erhebung konzipiert. Die Landtagsabgeordneten erhielten per E-Mail einen Online-Link für die Teilnahme an der Befragung. Darüber hinaus wurde ihnen die Zusendung eines Fragebogens in Papierform angeboten. In einer telefonischen Nachfassaktion wurde zudem versucht alle 881 Landtagsabgeordneten zu erreichen und sie zur Beteiligung zu bewegen. Die Befragung fand von Ende März 2011 bis Mitte Oktober 2011 statt.²

Insgesamt haben 251 von 881 Landtagsabgeordneten an der Umfrage teilgenommen (28,5%). Tabelle 1 informiert über die Anzahl der Abgeordneten, die sich in den einzelnen Bundesländern an der Befragung beteiligt haben.

Tabelle 1: Teilnahme der Landtagsabgeordneten in den einzelnen Bundesländern

Bundesland/ Stadtstaat	Anzahl der Abgeordneten ^a	Teilnahme gesamt	Teilnahme in Prozent
Baden-Württemberg	138	49	35,5
Bayern	187	50	26,7
Bremen	83	24	28,9
Hessen	118	39	33,1
Mecklenburg- Vorpommern	71	12	16,9
Niedersachsen	152	39	25,7
Sachsen	132	38	28,8
Gesamt	881	251	28,5

Anmerkungen: a) Die Anzahl der Abgeordneten bezieht sich auf den jeweiligen Beginn der Befragung in den Bundesländern, das Ausscheiden einzelner Abgeordneter während der weiteren Legislaturperiode wurde nicht berücksichtigt.

Landtagsabgeordnete aus Baden-Württemberg und Hessen liegen mit einer Beteiligung von 35,5 bzw. 33,1 Prozent deutlich über dem Gesamtdurchschnitt; Landesparlamentarier aus Mecklenburg-Vorpommern mit einer Beteiligung von 16,9 Prozent deutlich darunter. Die geringe Beteiligung der mecklenburg-vorpommerschen Abgeordneten lässt sich mit der anstehenden Landtagswahl im September 2011 erklären, durch die viele Abgeordnete aus Zeitgründen vermutlich nicht zu einer Teilnahme bereit waren. Die Ergebnisse der Befragung müssen daher für dieses Bundesland aufgrund mangelnder Repräsentativität mit Vorsicht interpretiert werden.

² Der Zeitraum der Befragung variiert zwischen den Bundesländern aufgrund von Landtagswahlen: In Bayern, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen startete die Befragung am 31. März 2011; in Baden-Württemberg begann sie am 18. Mai, in Bremen am 6. Juli 2011. Genauere Angaben zur Durchführung der Befragung können bei der Autorin erfragt werden.

Tabelle 2 enthält ebenfalls Informationen zur Beteiligung, diesmal jedoch aufgeteilt nach Fraktionen.

Tabelle 2: Teilnahme der Landtagsabgeordneten der einzelnen Fraktionen

Fraktion	Anzahl der Abgeordneten ⁱ	Teilnahme gesamt	Teilnahme in Prozent
CDU ^a	275	67	24,4
CSU ^b	92	25	27,2
Die Linke. ^c	63	22	34,9
FDP ^d	77	15	19,5
Freie Wähler ^e	21	8	38,1
Bündnis 90/ Die Grünen ^f	114	39	34,2
SPD ^g	223	73	32,7
Sonstige ^h	16	2	12,5
Gesamt	881	251	28,5

Anmerkungen: a) Die CDU ist als Fraktion bis auf Bayern in allen ausgewählten Bundesländern vertreten. b) Die CSU ist als bayerische Regionalpartei allein in Bayern als Fraktion vertreten. c) Die Linke. ist als Fraktion in den Landtagen in Bremen, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Sachsen vertreten. d) Die FDP ist als Fraktion in allen ausgewählten Landtagen bis auf Bremen vertreten. e) Die Freien Wähler sind als Fraktion allein in Bayern vertreten. f) Bis auf Mecklenburg-Vorpommern sind die Grünen in allen untersuchten Landtagen als Fraktion vertreten. g) Die SPD ist in allen untersuchten Bundesländern als Fraktion vertreten. h) Sonstige umfassen die Fraktionen der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen (sechs bzw. sieben Abgeordnete) und einzelne fraktionslose Abgeordnete in Bremen und Niedersachsen. Zur Gewährleistung der Anonymität der Befragten werden die Teilnahmeangaben für diese Gruppe nicht genauer aufgeschlüsselt. i) Die Anzahl der Abgeordneten bezieht sich auf den jeweiligen Beginn der Befragung in den Bundesländern, das Ausscheiden einzelner Abgeordneter während der weiteren Legislaturperiode wurde nicht berücksichtigt.

Von allen Landtagsabgeordneten, die unter die Kategorie „Sonstige Fraktionen“ eingeordnet werden können, hat sich demnach nur jeder Achte beteiligt, Abgeordnete der FDP beteiligten sich mit einer Teilnahmerate von knapp 20 Prozent ebenfalls deutlich unterdurchschnittlich. Leicht unterdurchschnittlich haben sich Angehörige der CDU-Fraktionen beteiligt, jeder vierte von ihnen hat einen Fragebogen ausgefüllt. Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktionen haben sich leicht überdurchschnittlich beteiligt, hier hat fast jeder dritte Abgeordnete den Fragebogen ausgefüllt. Eine deutlich überdurchschnittliche Beteiligung findet sich dagegen bei Abgeordneten der Fraktion der Freien Wähler (38,1%), der Linken- (34,9%) sowie der Grünen-Fraktionen (34,2%).

3. Kurzzusammenfassung der Ergebnisse

Die befragten Landtagsabgeordneten nehmen mehrheitlich eine positive Einstellung gegenüber der Europäischen Union ein: Die Mitgliedschaft in der EU wird allgemein als sehr positiv wahrgenommen und eine deutliche Mehrheit wünscht sich auch eine weitere Vertiefung der Europäischen Integration. Die Verbundenheit mit Europa ist zwar schwächer als mit der Landes- oder der nationalen Ebene, wird aber dennoch deutlich zum Ausdruck gebracht. Der

Einfluss der EU auf die Landespolitik im Allgemeinen wird als sehr groß empfunden und hat gerade in den letzten fünf Jahren in der Wahrnehmung der Landesparlamentarier zugenommen. Auch für die wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes wird die EU als sehr wichtig empfunden. Die einzelnen Landtagsabgeordneten fühlen sich selbst dagegen eher machtlos gegenüber Vorhaben auf europäischer Ebene, und obwohl die Beschäftigung mit EU-Angelegenheiten als eher wichtig für den Erfolg der eigenen politischen Arbeit gewertet wird, spielt die Befassung mit Entscheidungen der Europäischen Union im Arbeitsalltag nur eine geringe Rolle. Wenn Landesparlamentarier andere Akteure kontaktieren, um Informationen auszutauschen oder versuchen Einfluss zu nehmen, geschieht das am häufigsten über ParteiKanäle. Dabei schätzen die Landtagsabgeordneten die ihnen selbst zur Verfügung stehenden eigenen persönlichen Mittel als am wichtigsten zur Verfolgung ihrer europapolitischen Interessen ein. Angebote der Landesregierungen, wie etwa Landesvertretungen, werden ebenfalls als wichtig eingestuft. Ressourcen der Landtage, die sich zwischen den Bundesländern auch deutlich unterscheiden, spielen eine weniger wichtige Rolle.

Auffallend sind die großen Unterschiede im Antwortverhalten der Landtagsabgeordneten aus den verschiedenen Bundesländern: Größere Unterschiede bestehen dabei im Allgemeinen nur unbedingt zwischen Abgeordneten aus Ost und West oder aus wirtschaftlich stärkeren und schwächeren Regionen. Die größten Unterschiede finden sich zwischen Abgeordneten aus Baden-Württemberg, die die EU mehrheitlich als sehr positiv einschätzen und sie auch stark in ihren Arbeitsalltag integrieren und hessischen Landesparlamentariern, die eine deutlich reserviertere Haltung einnehmen und sich in ihrer Arbeit zudem deutlich weniger mit Europa befassen. Eine mögliche Erklärung für dieses Ergebnis ist die Tatsache, dass Hessen keine Auslandsgrenzen besitzt, was einen Einfluss auf die europäischen Einstellungen und auch die empfundene Wichtigkeit von Europa nahelegt. Europaregionen als eine Möglichkeit grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit zu erfahren, spielen hier naturgemäß keine Rolle. In weiteren Analysen erfolgt eine genauere Untersuchung dieser Zusammenhänge.

Insgesamt kann also festgehalten werden, dass die (gestiegene) Bedeutung der Europäischen Union von allen Landtagsabgeordneten erkannt wird, sich dies in der Abgeordnetenarbeit jedoch unterschiedlich niederschlägt.

4. Ergebnisse

4.1 Einschätzung der allgemeinen Informations- und Einflussmöglichkeiten

Mit Inkrafttreten des Vertrags von Lissabon und den sogenannten Lissabon-Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes im Jahr 2009 wurden die Informations- und Beteiligungsrechte nationaler Parlamente und damit auch der Landtage rechtlich gestärkt.

In der Befragung wurde erhoben, wie die Landtagsabgeordneten selbst ihre allgemeinen Informations- und Einflussmöglichkeiten bei europäischen Themen einschätzen. Dazu wurde die Zustimmung zu verschiedenen Aussagen abgefragt.

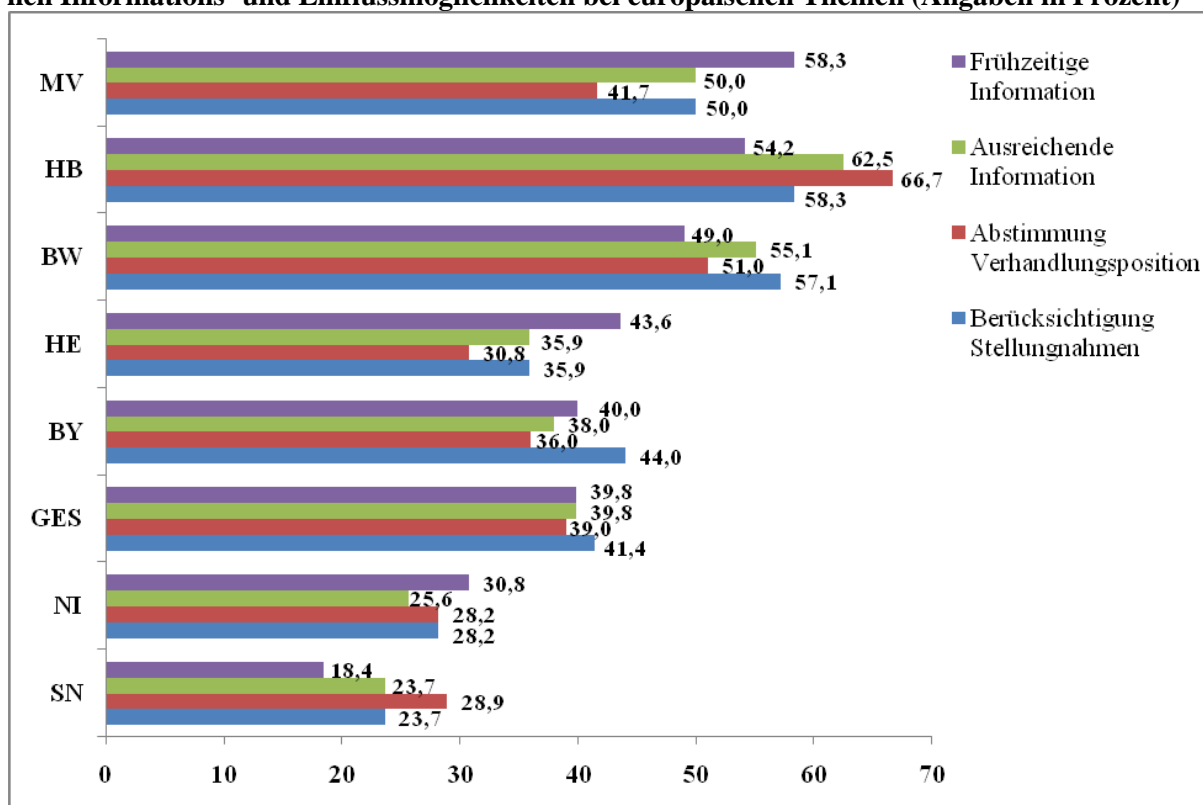
Tabelle 3: Zustimmung zu Aussagen über die allgemeinen Informations- und Einflussmöglichkeiten bei europäischen Themen (Angaben in Prozent)

Aussage	stimme überhaupt nicht zu	stimme eher nicht zu	teils-teils	stimme eher zu	stimme voll zu	keine Angabe
Die Landesregierung informiert mich frühzeitig über Vorhaben der EU.	9,2	15,5	30,3	24,3	15,5	5,2
Die von der Landesregierung zur Verfügung gestellten Informationen sind ausreichend, um eine Entscheidung treffen zu können.	7,2	23,9	24,7	25,5	14,3	4,4
Die Landesregierung stimmt ihre europapolitische Verhandlungsposition mit dem Parlament bzw. den betroffenen Ausschüssen ab.	13,9	21,5	20,7	26,7	12,4	4,8
Die Landesregierung berücksichtigt Stellungnahmen des Landtags zu Vorhaben der EU in ausreichendem Maße.	8,0	15,5	27,1	29,1	12,4	8,0

Wie aus Tabelle 3 ersichtlich ist, haben die Landtagsabgeordneten ein recht positives Bild ihrer Informations- und Einflussmöglichkeiten: Eine einfache Mehrheit der Abgeordneten (jeweils um die 40 Prozent) stimmt den verschiedenen Aussagen eher oder sogar voll zu. Am negativsten von allen Aussagen wird die Abstimmung der Verhandlungsposition mit dem Parlament bzw. den betroffenen Ausschüssen von Seiten der Landesregierung bewertet (35,5% stimmen der Aussage eher nicht bzw. überhaupt nicht zu) und auch die zur Verfügung gestellte Information wird von nahezu einem Drittel der Landtagsabgeordneten als nicht ausreichend eingeschätzt, um eine Entscheidung treffen zu können (31,1%).

Bei den Zustimmungen gibt es sehr große Unterschiede abhängig davon in welchem Bundesland ein Abgeordneter sein Mandat hat (vgl. Abbildung 1): Während Abgeordnete aus Baden-Württemberg, Bremen und auch Mecklenburg-Vorpommern ihre Informations- und Einflussmöglichkeiten mit Zustimmungsraten von um die 50 bis mehr als 60 Prozent generell sehr positiv einschätzen, stimmen nur etwa 30 Prozent, zum Teil sogar deutlich weniger der Mandatsträger aus Niedersachsen und Sachsen den verschiedenen Aussagen „eher“ oder „voll zu“. In Hessen bewegen sich die Zustimmungswerte leicht unterhalb, in Bayern entlang des Gesamtdurchschnitts.

Abbildung 1: Zustimmung („stimme eher zu“/„stimme voll zu“) zu Aussagen über die allgemeinen Informations- und Einflussmöglichkeiten bei europäischen Themen (Angaben in Prozent)



Auch zwischen den Parteien ergeben sich große Unterschiede in der Bewertung der allgemeinen Informations- und Einflussmöglichkeiten: So stimmen Abgeordnete der Fraktionen der CDU, CSU und der Grünen den verschiedenen Aussagen überdurchschnittlich häufig „eher“ oder „voll zu“, während Abgeordnete der SPD und vor allem der Partei Die Linke, sowie „sonstige“ Abgeordnete ein deutlich negativeres Bild ihrer Informations- und Einflussrechte zeichnen.

Noch deutlicher werden die Unterschiede, wenn man berücksichtigt, ob ein Landesparlamentarier Mitglied einer Mehrheits- oder Oppositionsfraktion ist. Landtagsabgeordnete, die einer Regierungsfraktion angehören, bewerten ihre Informations- und Einflussmöglichkeiten deut-

lich positiver als Angehörige einer Oppositionsfraktion: Die Anzahl derjenigen, die den einzelnen Aussagen „eher“ oder sogar „voll“ zustimmen, liegt bei den Mitgliedern der Mehrheitsfraktionen immer bei um die 60 Prozent und damit jeweils ca. 40 Prozentpunkte höher als bei Mitgliedern der Minderheitsfraktionen.

4.2 Einstellungen zu Europa

4.2.1 Einstellung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union

Insgesamt wird die Mitgliedschaft in der Europäischen Union durch eine überwältigende Mehrheit der Landtagsabgeordneten als sehr positiv wahrgenommen: Die Abgeordneten bewerten diese dabei sowohl für Deutschland, als auch für ihr jeweiliges Bundesland und für sich persönlich als überwiegend oder sogar ausschließlich vorteilhaft (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Vor-/Nachteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (in Prozent)

	nur Nachteile	mehr Nachteile als Vorteile	Vor- und Nachteile gleichermaßen	mehr Vorteile als Nachteile	nur Vorteile	keine Angabe
Deutschland	0,4	4,8	15,1	73,3	5,2	1,2
Bundesland/ Stadtstaat	0,0	5,2	17,5	68,5	6,8	2,0
Persönlich	0,0	4,0	18,7	55,4	13,1	8,8

Für die Einschätzung der Folgen der EU-Mitgliedschaft für Deutschland und für die Landtagsabgeordneten persönlich gibt es geringere Unterschiede im Bundesländervergleich als für die Bewertung der Vor- und/oder Nachteile für das jeweilige Bundesland: Im Vergleich zum Gesamtdurchschnitt sehen in Mecklenburg-Vorpommern (58,3%), Hessen (61,5%) und Niedersachsen (69,2%) deutlich weniger Abgeordnete mehr Vorteile als Nachteile oder sogar nur Vorteile durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union für ihr Bundesland. Dieser Anteil ist in Bremen (91,7%) und Baden-Württemberg (81,6%) deutlich sowie in Sachsen (79,0%) und auch Bayern (78,0%) geringfügig höher als der Durchschnittswert von 75,3 Prozent.

4.2.2 Integrationseinstellung

Nach vorherrschender wissenschaftlicher Einschätzung ging mit dem Vertrag von Lissabon eine Vertiefung der europäischen Integration einher, beispielsweise durch die Stärkung der Mitentscheidungsrechte des Europaparlaments aber auch durch die Vertiefung der Kooperati-

on in verschiedenen Politikbereichen. In der Befragung wurde daher auch die Einstellung der Landtagsabgeordneten zu einer weiteren europäischen Einigung abgefragt. Dabei konnten sie auf einer Skala von 0 („Die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen“) bis 10 („Die europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden“) ihre Meinung abstufen.

Wie aus Tabelle 5 ersichtlich, haben die Landtagsabgeordneten auch in dieser Frage mehrheitlich eine positive Einstellung: Die absolute Mehrheit der Befragten (60,2%) befürwortet ein weiteres Voranschreiten der europäischen Integration. Lediglich eine kleine Minderheit von 10,4 Prozent der Landtagsabgeordneten tendiert zu der Aussage, dass die europäische Einigung schon zu weit gegangen ist, knapp 11 Prozent nehmen eine neutrale Position ein (Skalenwert 5).

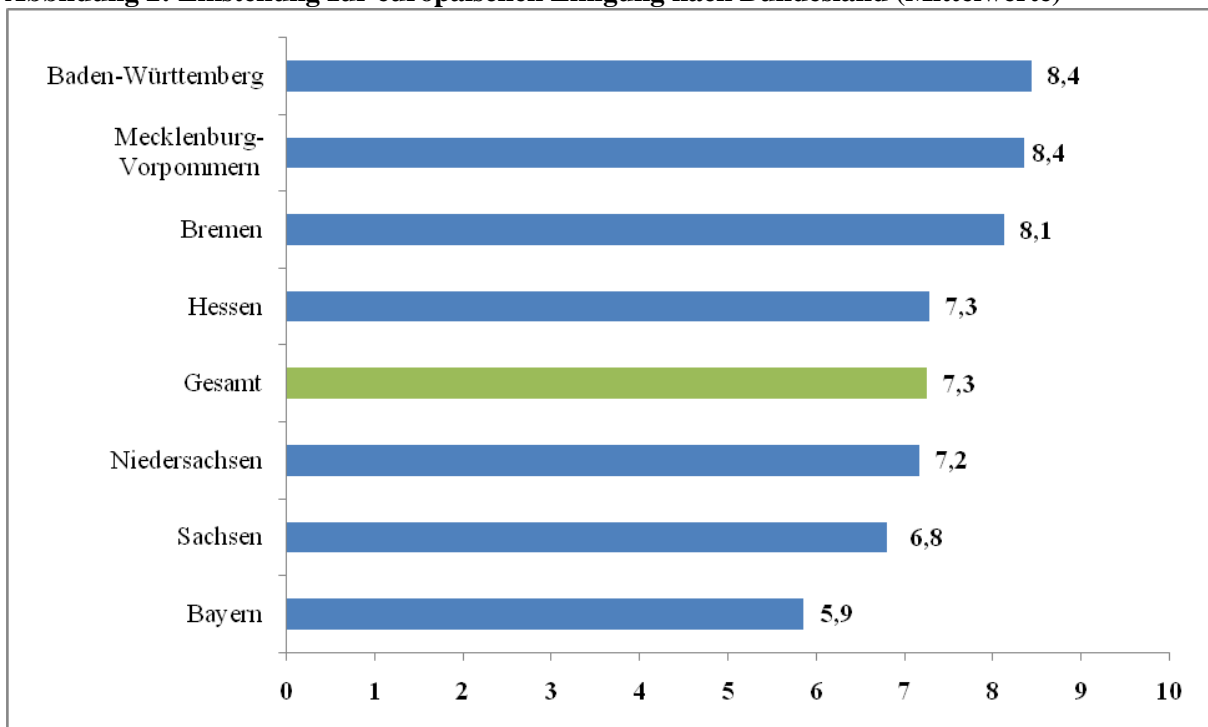
Tabelle 5: Einstellung zur europäischen Einigung (Angaben in Prozent)

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	k. A.
2,4	2,4	0,8	3,2	1,6	10,8	6,4	8,4	13,5	7,6	24,3	18,7

Anmerkung: 0 = „Die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen“, 10 = „Die europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden“. Mit den Zahlen dazwischen konnten die Befragten ihre Meinung abstufen. k.A = „keine Angabe“.

In Abbildung 2 wird die Einstellung der Landtagsabgeordneten zur europäischen Einigung nach Bundesländern aufgeschlüsselt.

Abbildung 2: Einstellung zur europäischen Einigung nach Bundesland (Mittelwerte)



Anmerkung: 0 = „Die europäische Einigung ist schon zu weit gegangen“, 10 = „Die europäische Einigung sollte weiter vorangetrieben werden“. Fallzahl: 204.

Wie ersichtlich, sind die Abgeordneten aller untersuchten Länder – im Durchschnitt – eher für eine weitere europäische Einigung, allerdings gibt es starke bundesländerspezifische Unterschiede: Während Abgeordnete in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen mit einem Mittelwert von über 8 deutlich über dem Gesamtmittelwert von 7,3 liegen, ist die Zustimmung der sächsischen und bayerischen Abgeordneten zu einem Vorantreiben der europäischen Einigung deutlich zurückhaltender (Mittelwert 6,8 bzw. 5,9).

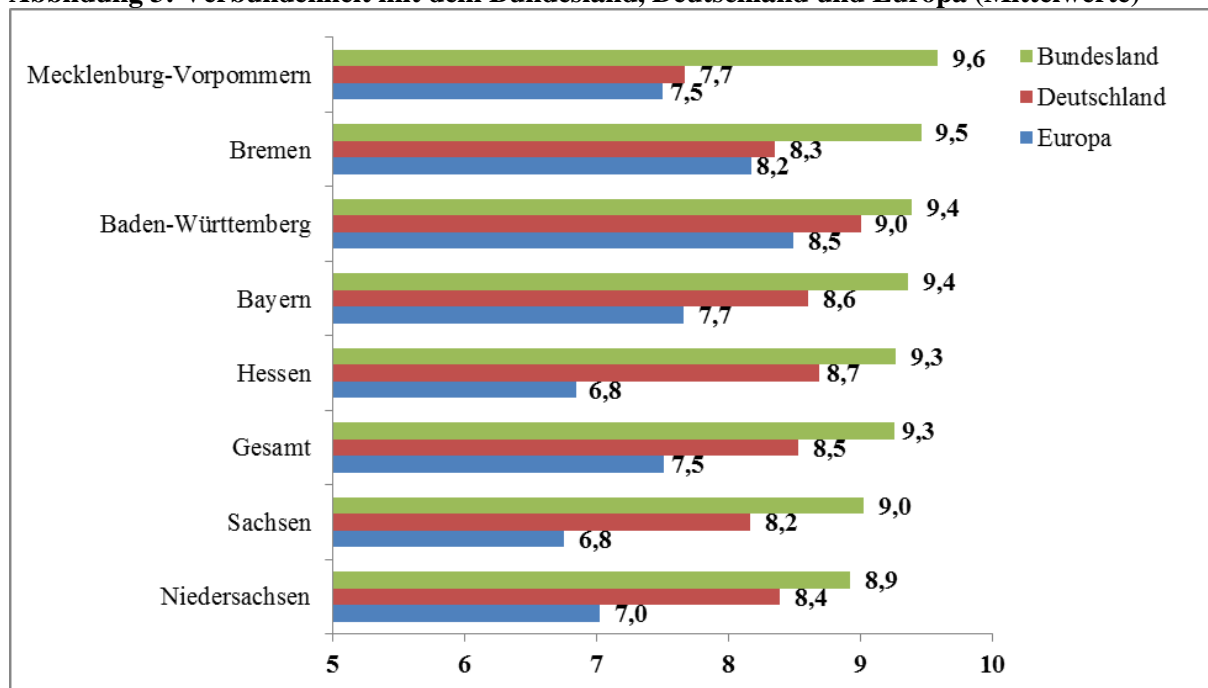
Für die Bundesländer mit deutlichen Unterschieden in der Integrationseinstellung (Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern sowie Bayern) bleiben diese Ergebnisse auch erhalten, wenn man für die Fraktionszugehörigkeit der Abgeordneten kontrolliert: So sind Angehörige aller Fraktionen im bayerischen Landtag im Vergleich zu ihren „Schwesterfraktionen“ in den anderen Bundesländern und Stadtstaaten tendenziell eher zurückhaltend in Bezug auf eine weitere europäische Einigung; Abgeordnete aller Fraktionen in Baden-Württemberg und vor allem Mecklenburg-Vorpommern sind dagegen aufgeschlossener gegenüber einer zukünftigen Vertiefung der europäischen Integration.

4.2.3 Verbundenheit

Neben der Einstellung zur Mitgliedschaft in der Europäischen Union und der europäischen Einigung wurden die Landtagsabgeordneten auch zu ihrer Verbundenheit mit verschiedenen politischen Ebenen befragt. Die Befragten konnten ihre Antworten dabei erneut auf einer Skala von 0 („überhaupt nicht verbunden“) bis 10 („sehr verbunden“) abstufen.

Generell fühlen sich die Mandatsträger mit allen politischen Ebenen sehr verbunden. Für die Verbundenheit mit dem eigenen Bundesland bzw. Stadtstaat liegt der Mittelwert bei 9,3, die Verbundenheit mit Deutschland rangiert mit einem Mittelwert von 8,5 an zweiter Stelle, während die Verbundenheit mit Europa im Vergleich nur einen Mittelwert von 7,5 erreicht.

Diese Rangfolge bleibt auch im Bundesländervergleich bestehen. Wie in Abbildung 3 deutlich wird, ist die gefühlte Verbundenheit mit der regionalen Ebene überall mit Abstand am größten, die Mittelwerte reichen dabei von 8,9 in Niedersachsen bis 9,6 in Mecklenburg-Vorpommern. Die Verbundenheit mit der nationalen Ebene erreicht bereits deutlich niedrigere Werte, die zwischen 7,7 in Mecklenburg-Vorpommern und 9,0 in Baden-Württemberg liegen. Die supranationale Ebene hingegen scheint – wenig überraschend – emotional am weitesten entfernt zu sein, Europa erreicht nur Mittelwerte zwischen 6,8 (Sachsen und Hessen) und 8,5 (Baden-Württemberg), womit auch die Spannweite der Einstufungen deutlich größer ist als im Falle der beiden anderen politischen Ebenen.

Abbildung 3: Verbundenheit mit dem Bundesland, Deutschland und Europa (Mittelwerte)

Anmerkung: 0 = „überhaupt nicht verbunden“, 10 = „sehr verbunden“.

Fallzahlen: 249 (Bundesland), 247 (Deutschland, Europa).

Wie erwartet gibt es auch zwischen Landtagsabgeordneten verschiedener Fraktionen Unterschiede in der gefühlten Verbundenheit: Fraktionsmitglieder von CDU oder CSU fühlen sich überdurchschnittlich mit dem jeweiligen Bundesland sowie Deutschland, jedoch lediglich unterdurchschnittlich mit Europa verbunden. Ein konträres Bild findet sich bei Landtagsabgeordneten der Grünen: Sie fühlen sich im Vergleich mit anderen Landesparlamentariern unterdurchschnittlich mit ihrem Bundesland sowie Deutschland verbunden, bei der Verbundenheit mit Europa nehmen sie aber gemeinsam mit den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten die Spitzenposition ein. Angehörige der Die Linke.-Fraktionen fühlen sich generell allen Ebenen weniger verbunden als der durchschnittliche Landesparlamentarier.

4.3 Einschätzungen zum Einfluss Europas auf die Landesebene

4.3.1 Einfluss Europas auf den Gestaltungsspielraum der Landespolitik im Allgemeinen

Der Einfluss Europas auf den Gestaltungsspielraum der Landespolitik im Allgemeinen wird von den Landtagsabgeordneten als recht hoch eingeschätzt: Deutlich mehr als die Hälfte der Befragten (57%) erkennen einen großen (40,2%) oder sogar sehr großen (16,7%) Einfluss Europas (vgl. Tabelle 6).

Allerdings wird auch der Einfluss anderer Ebenen recht hoch eingeschätzt: Der Bund wird als deutlich einflussreicher als Europa wahrgenommen, drei Viertel der Befragten empfinden dessen Einfluss als groß (47,8%) oder sogar sehr groß (27,1%). Die Kommunen sind nach

Einschätzung der Landtagsabgeordneten am wenigsten einflussreich, immerhin 35,9 Prozent empfinden aber auch durch diese Ebene einen großen (24,7%) oder sehr großen (11,2%) Einfluss.

Tabelle 6: Einfluss verschiedener Ebenen auf den Gestaltungsspielraum der Landespolitik (Angaben in Prozent)

	kein Einfluss	wenig Einfluss	mittlerer Einfluss	großer Einfluss	sehr großer Einfluss	keine Angabe
Europa	1,6	13,5	26,7	40,2	16,7	1,2
Bund	0,0	2,0	21,5	47,8	27,1	1,6
Kommune	2,0	26,3	33,9	24,7	11,2	2,0

In der Einschätzung des Einflusses Europas auf den Gestaltungsspielraum der Landespolitik im Allgemeinen gibt es erneut deutliche regionale Unterschiede: Während weniger als die Hälfte der Abgeordneten aus Sachsen (44,7%), Bremen (45,8%) und Niedersachsen (46,2%) den Einfluss Europas als groß oder sehr groß einschätzen, liegt dieser Anteil in den drei südlichen Bundesländern deutlich höher. In Hessen (59,0%) und Baden-Württemberg (59,2%) ist der Anteil derjenigen, die einen großen oder sehr großen Einfluss auf die Landespolitik empfinden leicht, in Bayern deutlich überdurchschnittlich (69,4%). In Mecklenburg-Vorpommern schätzen sogar 91,7 Prozent den Einfluss Europas als groß (66,7%) oder sehr groß (25,0%) ein, ein Ergebnis das aufgrund der niedrigen Teilnehmerate allerdings mit Vorsicht interpretiert werden muss.

4.3.2 Entwicklung des Einflusses Europas in den letzten fünf Jahren

Die im Rahmen des Reformprozesses rund um den Vertrag von Lissabon erfolgte Stärkung der formellen Kompetenzen der Europäischen Union spiegelt sich auch in der Einschätzung der Landtagsabgeordneten wider. Auch wenn der Einfluss des Bundes auf die Landespolitik von den Abgeordneten im Allgemeinen deutlich höher eingeschätzt wird, ergibt sich für die letzten fünf Jahre eine deutliche Dynamik in Richtung Europa: Drei von vier Befragten sind der Meinung, dass der Einfluss Europas auf den Gestaltungsspielraum der Landespolitik in den letzten 5 Jahren etwas (35,5%) oder sogar stark (39,8%) zugenommen hat. Diese Einschätzung eines deutlich gestiegenen Einflusses Europas auf den Gestaltungsspielraum der Landespolitik wird von den Abgeordneten aller untersuchten Bundesländer bzw. Stadtstaaten geteilt. Im Vergleich dazu wird der Einfluss des Bundes dagegen mehrheitlich als unverändert wahrgenommen (43,0%), eine leichte Zunahme empfinden 28,7 Prozent, eine starke Zunahme lediglich 13,1 Prozent. Diese Tendenz verstärkt sich für die kommunale Ebene noch weiter,

hier empfinden die Befragten sogar eher eine Abnahme (19,5%) als eine Zunahme des Einflusses (18,3%), die überwältigende Mehrheit (56,2%) stellt überhaupt keine Veränderung fest.

Tabelle 7: Entwicklung des Einflusses verschiedener Ebenen auf den Gestaltungsspielraum der Landespolitik (Angaben in Prozent)

	stark abgenommen	etwas abgenommen	nicht verändert	etwas zugenommen	stark zugenommen	keine Angabe
Europa	1,6	2,4	14,7	35,5	39,8	6,0
Bund	1,6	7,6	43,0	28,7	13,1	6,0
Kommune	3,2	16,3	56,2	13,5	4,8	6,0

4.3.3 Wichtigkeit der Europäischen Union für die wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes

Betrachtet man nicht nur den Einfluss Europas auf die Landespolitik im Allgemeinen, sondern darüber hinaus auch auf die wirtschaftliche Entwicklung des jeweiligen Bundeslandes oder Stadtstaates, so empfindet eine deutliche Mehrheit von 60,1 Prozent der Befragten die Europäische Union als sehr wichtig, was den Werten 8, 9 und 10 auf einer Skala von 0 („überhaupt nicht wichtig“) bis 10 („sehr wichtig“) entspricht (vgl. Tabelle 8). Gerade einmal jeder zwanzigste Landtagsabgeordnete schätzt die Europäische Union dagegen als eher unwichtig für die wirtschaftliche Entwicklung ein (Werte 0 bis 4).

Tabelle 8: Wichtigkeit der Europäischen Union für die wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes (Angaben in Prozent)

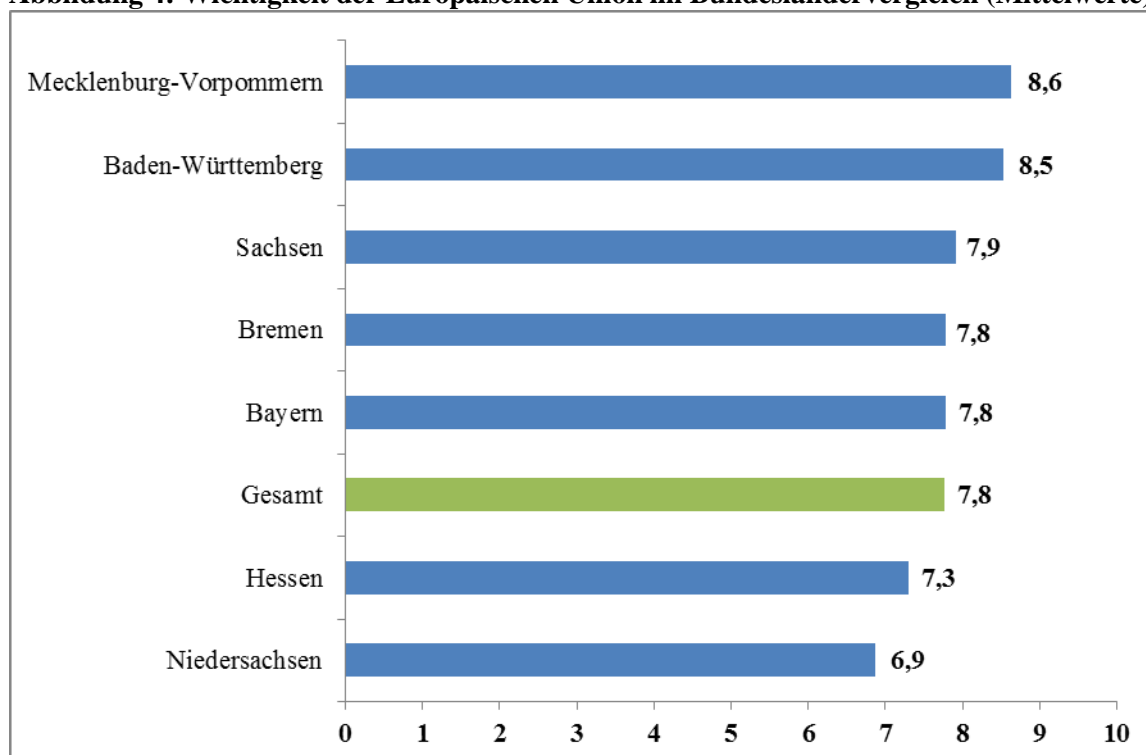
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	k. A.
0,0	0,0	0,4	1,2	4,0	4,4	7,2	19,5	27,9	15,9	16,3	3,2

Anmerkung: 0 = „Die EU ist für die wirtschaftliche Entwicklung überhaupt nicht wichtig“, 10 = „Die EU ist für die wirtschaftliche Entwicklung sehr wichtig“. Mit den Zahlen dazwischen konnten die Befragten ihre Meinung abstimmen. k.A. = „keine Angabe“.

In der Einschätzung der Wichtigkeit gibt es Unterschiede zwischen den Abgeordneten verschiedener Landesparlamente: Abgeordnete aus Niedersachsen (Mittelwert 6,9) und Hessen (7,3) schätzen die Wichtigkeit der Europäischen Union für die wirtschaftliche Entwicklung ihres Bundeslandes deutlich geringer ein als Parlamentarier aus Mecklenburg-Vorpommern (Mittelwert von 8,6) und Baden-Württemberg (8,5). Mandatsträger der restlichen untersuchten Bundesländer bzw. Stadtstaaten befinden sich um den Gesamtmittelwert von 7,8. Interessant ist, dass diese Zusammenhänge auch bestehen bleiben, wenn man für die Fraktionszugehörigkeit kontrolliert, da es zwischen den Fraktionen kaum Unterschiede in der Einschätzung der Wichtigkeit der Europäischen Union für die wirtschaftliche Entwicklung des Bundeslandes gibt. Dies bedeutet, dass ein CDU-Abgeordneter aus Niedersachsen oder Hessen die

Wichtigkeit deutlich niedriger einschätzt als ein Abgeordneter der gleichen Partei, der sein Mandat in Mecklenburg-Vorpommern oder Baden-Württemberg wahrnimmt.

Abbildung 4: Wichtigkeit der Europäischen Union im Bundesländervergleich (Mittelwerte)



Anmerkung: 0 = „Die EU ist für die wirtschaftliche Entwicklung überhaupt nicht wichtig“, 10 = „Die EU ist für die wirtschaftliche Entwicklung sehr wichtig“. Fallzahl: 243.

4.4 Einschätzungen zum eigenen Einfluss auf Europa

Um nicht nur den wahrgenommenen Einfluss der Europäischen Union auf die Landtagsabgeordneten, sondern umgekehrt auch die Einschätzung ihres eigenen Einflusses auf die Europäische Union sowie eine Beurteilung der Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit europäischen Themen erfassen zu können, enthielt der Fragebogen zudem Fragen bezüglich des persönlichen Gestaltungsspielraums.

4.4.1 Persönlicher Einfluss auf Vorhaben der Europäischen Union

Während der Einfluss der Europäischen Union auf die Landespolitik im Allgemeinen und die wirtschaftliche Entwicklung im Besonderen als sehr groß eingeordnet werden kann, sieht sich eine überwältigende Mehrheit von nahezu 90 Prozent bei europäischen Vorhaben als überwiegend einflusslos (39,8% der Befragten sind der Meinung keinen und 48,6% der Meinung nur wenig Einfluss zu haben). Kein einziger Abgeordneter ist der Ansicht sehr großen oder

auch nur großen Einfluss zu haben, lediglich jeder Zehnte (9,6%) sieht sich in der Lage mittleren Einfluss auf EU-Vorhaben ausüben zu können (vgl. Tabelle 9).

Tabelle 9: Persönlicher Einfluss auf Vorhaben verschiedener Ebenen (in Prozent)

	keinen Einfluss	wenig Einfluss	mittlerer Einfluss	großer Einfluss	sehr großer Einfluss	keine Angabe
Europäische Union	39,8	48,6	9,6	0,0	0,0	2,0
Bund	11,6	59,8	25,1	2,0	0,0	1,6
Bundesland/ Stadtstaat	1,2	15,9	41,0	29,1	10,8	2,0

Natürlich ist der Einfluss eines einzelnen Abgeordneten auf ein Vorhaben in der Regel immer eher gering, die empfundene Einflusslosigkeit gegenüber der europäischen Ebene wird allerdings noch deutlicher, wenn man sie mit Einschätzungen gegenüber anderen Ebenen vergleicht: Bei Vorhaben des Bundes hat zumindest jeder vierte Abgeordnete (25,1%) das Gefühl mittleren Einfluss ausüben zu können. Bei Vorhaben im Bundesland bzw. Stadtstaat teilen diese Einschätzung immerhin 41 Prozent der Landtagsabgeordneten und ein etwa gleich großer Anteil schätzt seinen Einfluss sogar als groß (29,1%) oder sehr groß (10,8%) ein.

4.4.2 Wichtigkeit von Europa im Arbeitsalltag von Landtagsabgeordneten

Um die Rolle Europas im Arbeitsalltag von Landtagsabgeordneten einschätzen zu können, wurden die Parlamentarier zum einen gefragt, wie wichtig die Beschäftigung mit EU-Angelegenheiten für den Erfolg ihrer eigenen politischen Arbeit ist und zum anderen, wie sich ihre inhaltliche Arbeit auf Entscheidungen verschiedener politischer Ebenen verteilt.

Wie in Tabelle 10 deutlich wird, empfindet mehr als die Hälfte der Befragten die Beschäftigung mit EU-Angelegenheiten für den Erfolg der eigenen politischen Arbeit als eher wichtig (Werte 6 bis 10 auf einer Skala von 0 („überhaupt nicht wichtig“) bis 10 („sehr wichtig“)). Rund ein Drittel der Landtagsabgeordneten stuft die Beschäftigung mit Europa als eher unwichtig ein, knapp jeder Zehnte (9,2%) nimmt eine neutrale Position ein.

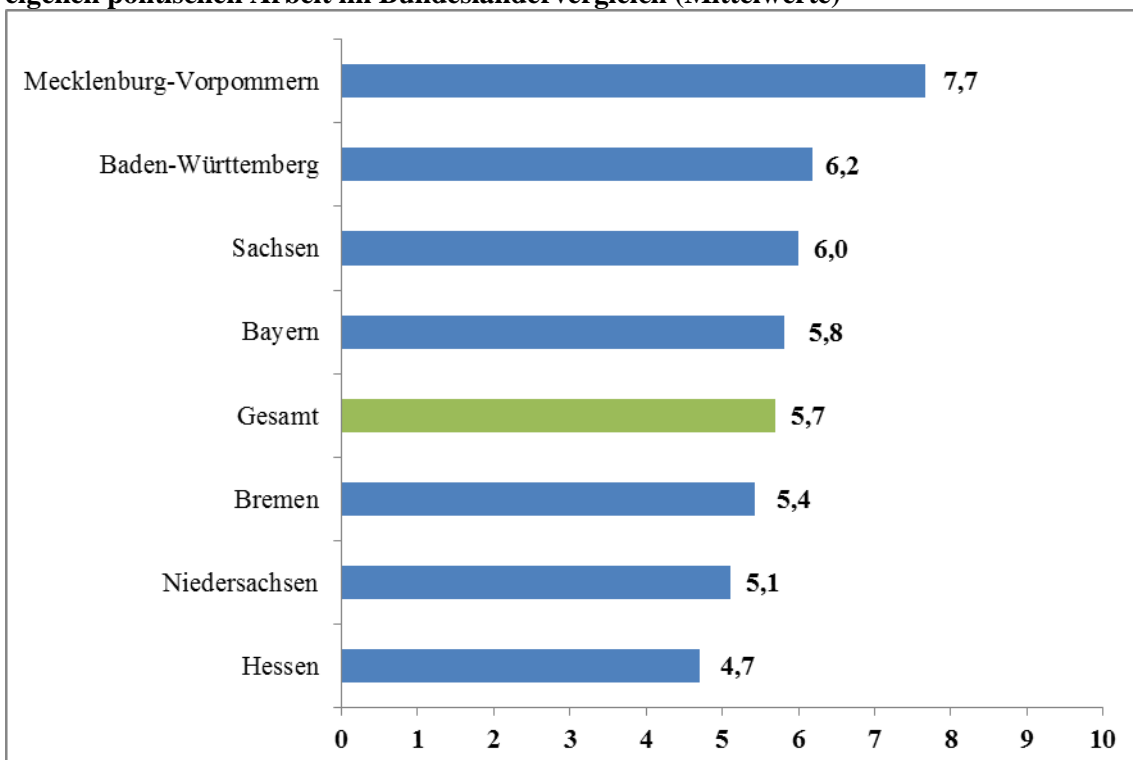
Tabelle 10: Wichtigkeit der Beschäftigung mit EU-Angelegenheiten für den Erfolg der eigenen politischen Arbeit (in Prozent)

0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	k. A.
1,2	3,6	9,2	12,4	7,2	9,2	11,6	14,3	17,1	5,6	6,8	2,0

Anmerkung: 0 = „Die Beschäftigung mit EU-Angelegenheiten ist für den Erfolg meiner politischen Arbeit überhaupt nicht wichtig“, 10 = „Die Beschäftigung mit EU-Angelegenheiten ist für den Erfolg meiner politischen Arbeit sehr wichtig“. Mit den Zahlen dazwischen konnten die Befragten ihre Meinung abstufen. k.A = „keine Angabe“.

Auch bei dieser Frage ergeben sich große Unterschiede im Antwortverhalten der Landtagsabgeordneten je nachdem welchem Bundesland bzw. Stadtstaat sie angehören (vgl. Abbildung 5): Hessische Landtagsabgeordnete tendieren mit einem Mittelwert von 4,7 eher dazu, die Beschäftigung mit EU-Angelegenheiten als weniger wichtig für den Erfolg ihrer eigenen politischen Arbeit einzuschätzen. Abgeordnete aus Niedersachsen und Bremen nehmen mit Mittelwerten von 5,1 bzw. 5,4 eine eher neutrale Position ein, liegen damit aber deutlich unter dem Gesamtmittelwert von 5,7. Abgeordnete aus Baden-Württemberg und Sachsen liegen mit einem Mittelwert von 6,2 bzw. 6,0 dagegen deutlich über dem Gesamtmittelwert. Mecklenburg-vorpommersche Landtagsabgeordnete bewerten die Beschäftigung mit EU-Angelegenheit mit einem Mittelwert von 7,7 als am wichtigsten für den Erfolg ihrer politischen Arbeit, auch dieses Ergebnis muss aufgrund der geringen Teilnehmerzahl in diesem Bundesland allerdings mit Vorsicht interpretiert werden.

Abbildung 5: Wichtigkeit der Beschäftigung mit EU-Angelegenheiten für den Erfolg der eigenen politischen Arbeit im Bundesländervergleich (Mittelwerte)



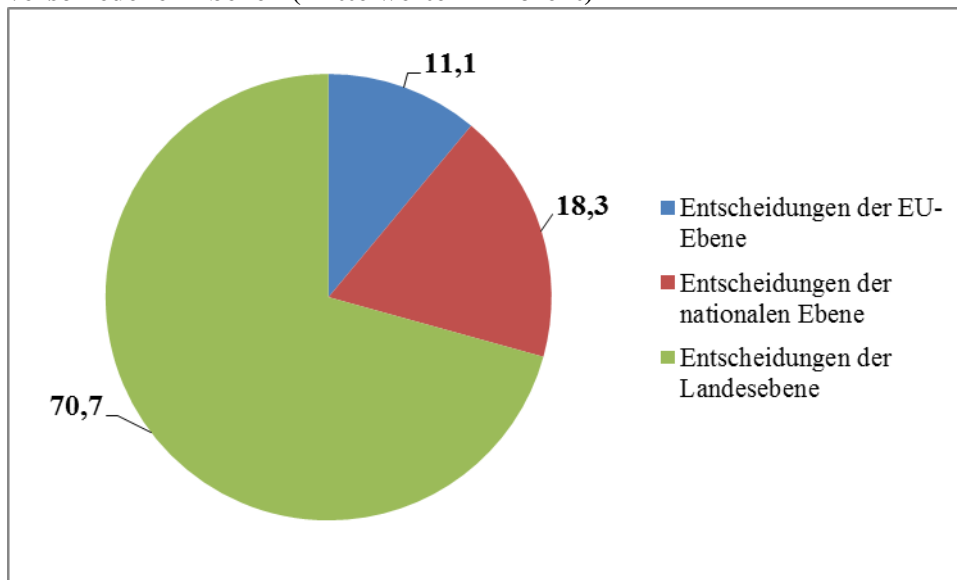
Anmerkung: 0 = „Die Beschäftigung mit EU-Angelegenheiten ist für den Erfolg meiner politischen Arbeit überhaupt nicht wichtig“, 10 = „Die Beschäftigung mit EU-Angelegenheiten ist für den Erfolg meiner politischen Arbeit sehr wichtig“. Fallzahl: 246.

Die geschilderten bundeslandspezifischen Unterschiede bleiben erneut auch dann stabil, wenn man für die Fraktionszugehörigkeit der Landtagsabgeordneten kontrolliert.

Die Bedeutung, welche Abgeordnete der Beschäftigung mit Europa in ihrem Arbeitsalltag zu- bzw. absprechen, wird noch deutlicher, wenn man die Verteilung ihrer inhaltlichen Arbeit auf

Entscheidungen verschiedener Ebenen betrachtet. Bei dieser Frage wurden die Mandatsträger gebeten, eine Einschätzung darüber abzugeben, wie sich ihre inhaltliche Arbeit an konkreten Entscheidungen jeweils auf Entscheidungen der Landes-, der nationalen und der EU-Ebene verteilt (die Angaben sollten dabei in Prozent erfolgen und die Gesamtsumme 100% ergeben). In Abbildung 6 sind die Mittelwerte der Arbeitsverteilung, wie sie von den Landtagsabgeordneten für die verschiedenen Ebenen angegeben wurden, dargestellt. Im Schnitt verbringen Landtagsabgeordnete demnach gut zwei Drittel (70,7%) ihrer inhaltlichen Arbeit mit Entscheidungen der Landesebene, knapp zwanzig Prozent entfallen auf Entscheidungen der nationalen Ebene und gerade einmal gut 10 Prozent auf Entscheidungen der EU-Ebene.

Abbildung 6: Verteilung der inhaltlichen Arbeit auf Entscheidungen verschiedener Ebenen (Mittelwerte in Prozent)



Anmerkung: Die Fallzahl beträgt hier nur 176, da alle Landtagsabgeordneten, deren Angaben sich nicht auf 100 Prozent summieren, nicht berücksichtigt werden können.

Diese Rangfolge in der Arbeitsverteilung bleibt über alle Bundesländer hinweg bestehen, lediglich das Ausmaß unterscheidet sich geringfügig zwischen den Ländern: So verwenden bayerische Landtagsabgeordnete mit 14,0 Prozent überdurchschnittlich viel Arbeit für Entscheidungen der EU-Ebene, hessische Landtagsabgeordnete dagegen nur unterdurchschnittliche 8,2 Prozent.

Auch zwischen den Fraktionen bleibt die Rangfolge der Arbeitsverteilung (bis auf Abgeordnete der Kategorie „Sonstige“) grundsätzlich bestehen. Abgeordnete der Grünen-Fraktionen verwenden überdurchschnittlich viel Arbeit auf europäische Entscheidungen (14,9%), Abgeordnete der Die Linke.-Fraktionen dagegen deutlich (7,9%) und Abgeordnete der SPD-Fraktionen (9,3%) etwas weniger Zeit als der durchschnittliche Landesparlamentarier.

4.5 Informations- und Einflusskontakte

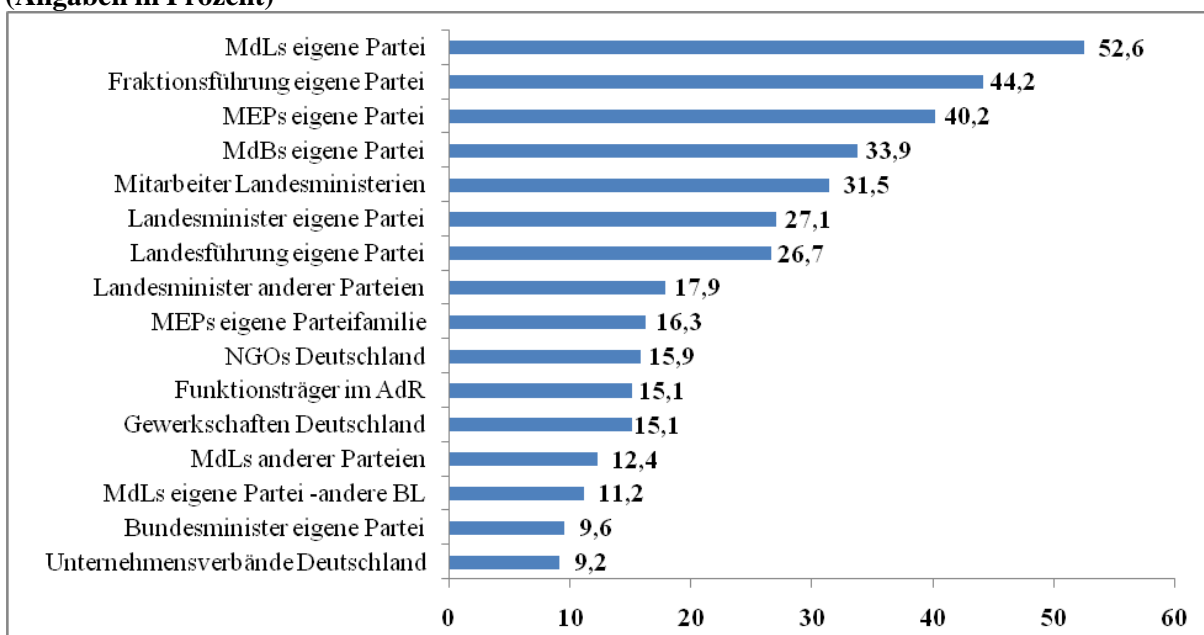
Um herauszufinden, mit wem Landtagsabgeordnete in Kontakt stehen, um in EU-Angelegenheiten Informationen auszutauschen sowie Entscheidungen zu beeinflussen, wurden ihre persönlichen Interaktionsnetzwerke abgefragt. Dazu lag den Abgeordneten jeweils eine Liste mit möglichen Kontaktpersonen aus dem Abgeordneten- und Partei Umfeld, der Exekutive, der Verwaltung und Ministerialbürokratie sowie verschiedenen Interessengruppen und Verbänden vor. Um ein möglichst umfassendes Bild zu erhalten, umfasste diese Liste Funktionsträger aller Ebenen des europäischen Mehrebenensystems, also der subnationalen, nationalen, transnationalen und supranationalen Ebene. Zusätzlich hatten die Abgeordneten jeweils auch die Möglichkeit in freien Feldern weitere Kontaktpersonen ihrer Wahl anzugeben. Auf einer Skala („nie“, „selten“, „gelegentlich“, „oft“, „immer“ sowie „trifft nicht zu“ und „keine Angabe“) konnten die Abgeordneten dabei die Kontakthäufigkeit mit den jeweiligen Funktionsträgern abstufen.

4.5.1 Informationskontakte

Im ersten Frageblock wurden die Landtagsabgeordneten gefragt, wie häufig sie die verschiedenen aufgeführten Funktionsträger kontaktieren, um sich über auf EU-Ebene geplante oder bereits auf EU-Ebene initiierte Entscheidungen zu informieren.

Abbildung 7 zeigt auszugsweise eine Rangliste der wichtigsten Informationskontakte, bei denen also entweder die Skalenwerte „oft“ oder „immer“ gewählt wurden.

Abbildung 7: Rangliste der Informationskontakte („oft“/„immer“) in EU-Angelegenheiten (Angaben in Prozent)



Anmerkung: Aus Übersichtsgründen ist nicht die gesamte Rangliste abgebildet, sondern nur alle Nennungen „oft“ oder „immer“ (in Prozent), die oberhalb von 9 Prozent liegen (Gesamtmittelwert: 9,4%).

Es wird deutlich, dass die Abgeordneten ihre Informationen über EU-Vorhaben hauptsächlich über Parteikanäle und hier vornehmlich über andere Abgeordnete beziehen. Wenig überraschend werden am häufigsten Landtagsabgeordnete der eigenen Partei für diesen Zweck kontaktiert: Mehr als die Hälfte der Befragten kontaktiert Fraktionskollegen „oft“ (30,7%) oder „immer“ (21,9%). Auch die Fraktionsführung ist eine wichtige Informationsquelle, sie wird von knapp 45 Prozent der Befragten „oft“ (26,3%) oder „immer“ (17,9%) kontaktiert und ist damit deutlich wichtiger als die Landesführung der Partei, die nur gut jeder vierte Landtagsabgeordnete genauso häufig kontaktiert (26,7%).

Innerhalb der Parteien nehmen Mitglieder des Europäischen Parlaments einen höheren Stellenwert ein als Mitglieder des Bundestags, sie werden von den Landtagsabgeordneten deutlich häufiger kontaktiert als die nationalen Abgeordneten (40,2% im Vergleich zu 33,9%). Dies bedeutet, dass Informationen über EU-Angelegenheiten nicht über die nationale Ebene kanalisiert sondern direkt eingeholt werden.

Weitere wichtige Funktionsträger für die Einholung von Informationen sind die Mitarbeiter in den Landesministerien, die von immerhin einem knappen Drittel der Befragten „oft“ (28,7%) oder „immer“ (2,8%) kontaktiert werden. Bei den Kontakten mit Exekutivvertretern liegen – sofern vorhanden – die Landesminister der eigenen Partei am weitesten vorne (27,1% kontaktieren diese „oft“ oder „immer“), Landesminister anderer Parteien sind für Informationszwecke allerdings auch recht wichtig: 17,9 Prozent der Befragten kontaktieren sie „oft“ oder „immer“ und damit deutlich häufiger als Landtagsabgeordnete anderer Parteien (12,4%). Dies könnte darauf hindeuten, dass die Landesexekutive in EU-Angelegenheiten nach wie vor einen Informationsvorsprung hat und die Landtagsabgeordneten sich daher vermehrt an sie wenden (und das auch über Parteigrenzen hinweg).

Ein weiteres interessantes Ergebnis ist, dass es drei Interessengruppen bzw. Verbände in die Rangliste der 16 häufigsten Informationskontakte geschafft haben: Nichtregierungsorganisationen in Deutschland werden von 15,9 Prozent der Landtagsabgeordneten „oft“ (15,1%) oder „immer“ (0,8%) kontaktiert, deutsche Gewerkschaften von 15,1 Prozent (13,9% „oft“ und 1,2% „immer“) und deutsche Unternehmensverbände von knapp jedem zehnten Abgeordneten (9,2%).

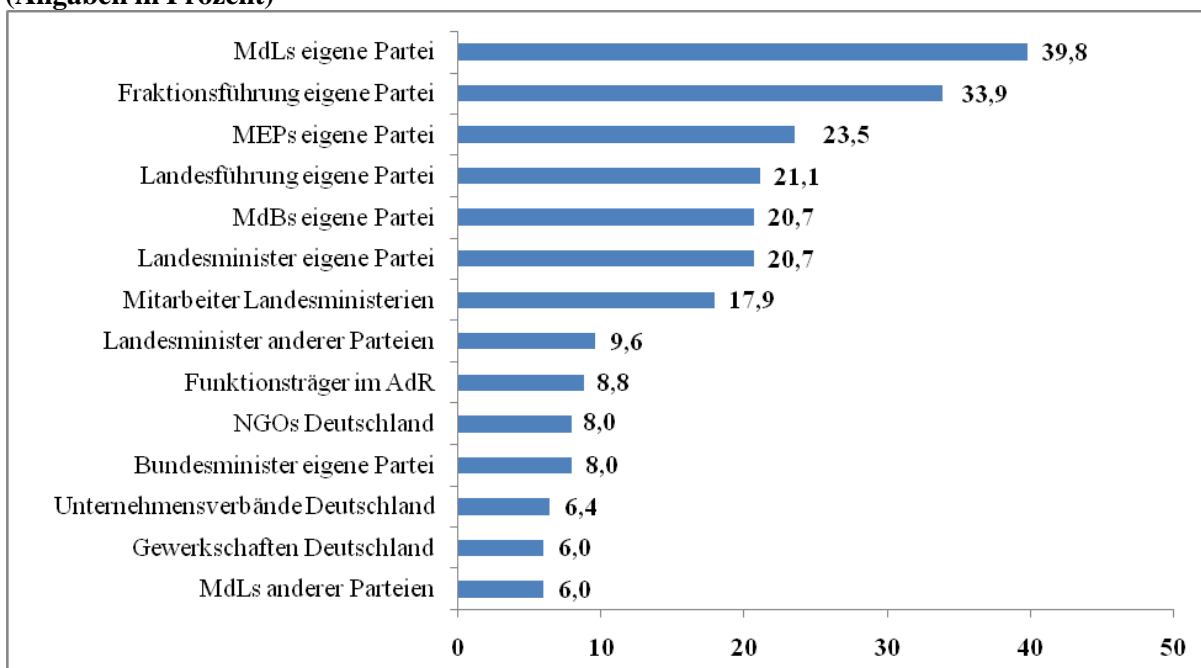
Kontakte auf transnationaler/-regionaler Ebene sowie mit der Europäischen Kommission spielen insgesamt keine wichtige Rolle für die Landesparlamentarier.

4.5.2 Einflusskontakte

Im zweiten Frageblock wurden die Landtagsabgeordneten gefragt, wie häufig Sie verschiedene Akteure kontaktieren, um den Inhalt auf EU-Ebene geplanter oder bereits initiiertter Entscheidungen, zu beeinflussen. Ein Beispiel hierfür wäre die Formulierung gemeinsamer Positionen oder die Verabredung eines gemeinsamen Vorgehens. Analog zur Vorgehensweise bei den Informationskontakten zeigt Abbildung 8 nun eine Rangliste der Einflusskontakte, bei denen die Skalenwerte „oft“ oder „immer“ gewählt wurden.

Die Rangfolge der genannten Funktionsträger unterscheidet sich bei den Einflusskontakten nur unwesentlich von der Rangfolge bei den Informationskontakten. Allerdings ist das Ausmaß der Kontaktaktivitäten erwartungsgemäß deutlich niedriger, da die Koordination eines gemeinsamen Vorgehens deutlich anspruchsvoller als der bloße Informationsaustausch ist. Zwei von fünf Landtagsabgeordneten koordinieren sich „oft“ (30,7%) oder „immer“ (9,2%) mit ihren Fraktionskollegen, um Einfluss auf EU-Vorhaben auszuüben. Im Vergleich dazu liegt dieser Anteil bei den Informationskontakten mit insgesamt 52,6 Prozent gut zehn Prozentpunkte höher. Wenig überraschend ist auch das Ergebnis, dass die Parteikanäle für die Einflussnahmeversuche der Abgeordneten im Vergleich zu anderen möglichen Kontakten wichtiger sind: Die ersten sechs Nennungen in der Rangliste beziehen sich alle auf Angehörige der eigenen Partei (bei den Informationskontakten waren es nur die ersten 4 Nennungen).

Abbildung 8: Rangliste der Einflusskontakte („oft“/„immer“) in EU-Angelegenheiten (Angaben in Prozent)

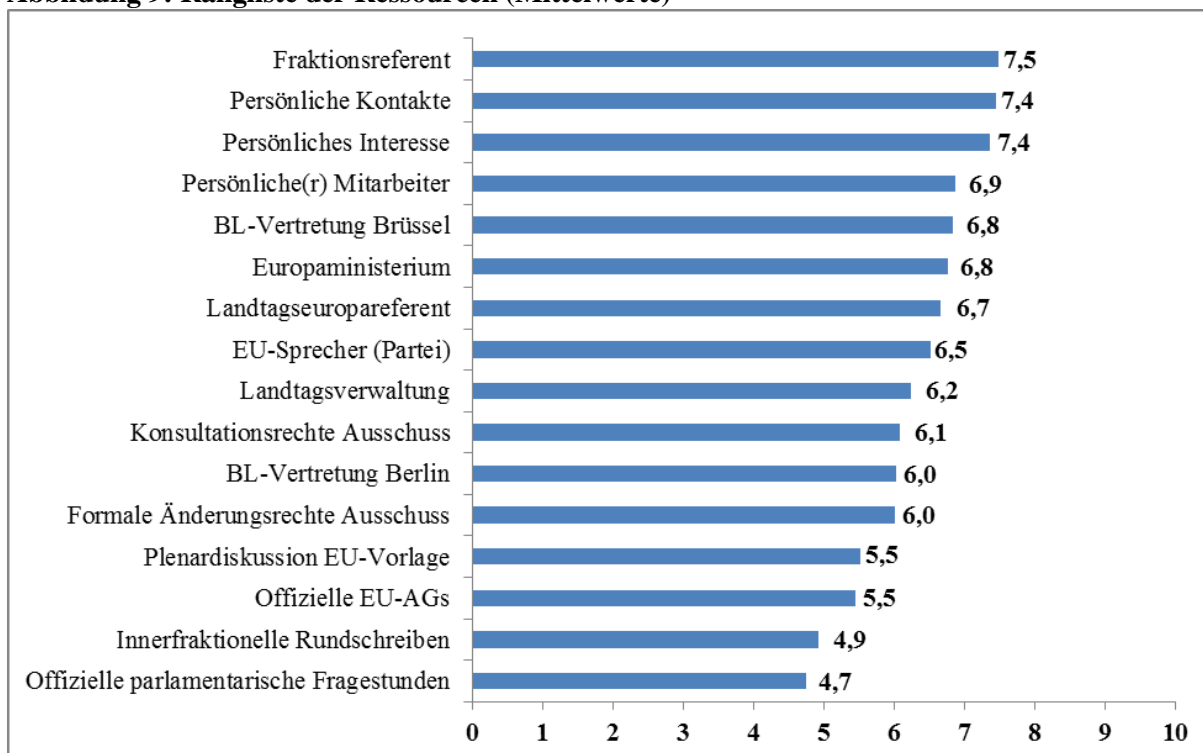


Anmerkung: Aus Übersichtsgründen ist nicht die gesamte Rangliste abgebildet, sondern nur alle Nennungen „oft“ oder „immer“ (in Prozent), die oberhalb von 6 Prozent liegen (Gesamtmittelwert: 6,1%).

4.6 Wichtigkeit verschiedener Ressourcen

Zur Verfolgung ihrer europapolitischen Interessen stehen den Landtagsabgeordneten verschiedene Ressourcen zur Verfügung. Um Unterschiede in deren jeweiliger Bedeutsamkeit herauszufinden, wurde den Mandatsträgern eine Liste mit verschiedenen Ressourcen vorgelegt, deren Wichtigkeit sie auf einer Skala von 0 („überhaupt nicht wichtig“) bis 10 („sehr wichtig“) abstufen konnten. Die Mittelwerte der Wichtigkeit einzelner Ressourcen sind in Abbildung 9 dargestellt.

Abbildung 9: Rangliste der Ressourcen (Mittelwerte)



Anmerkung: Die Fallzahlen variieren zwischen 179 und 201 je nach abgefragter Ressource.

Am wichtigsten für die europapolitischen Aktivitäten der Landtagsabgeordneten sind demnach die spezifischen Fraktionsreferenten, sie erhalten auf der 11-Punkte-Skala einen Wert von 7,5. Weiterhin sehr wichtig sind persönliche Ressourcen, also persönliche Kontakte und das persönliche Interesse (Mittelwert jeweils 7,4) sowie – sofern vorhanden – persönliche Mitarbeiter (6,9). Auch die den Landesregierungen zuordenbaren Ressourcen, allen voran die jeweilige Vertretung des Bundeslandes in Brüssel sowie das Europaministerium, werden als sehr wichtig für europapolitische Aktivitäten eingeschätzt (Mittelwert jeweils 6,8). Die verschiedenen formalen Ressourcen des Landtages wie formale Änderungsrechte des Ausschusses (Mittelwert 6,0), Plenardiskussionen zu einer EU-Vorlage (5,5) und offizielle parlamentarische Fragestunden sind dagegen weniger wichtig, letztere werden mit einem Mittelwert von 4,7 in der Tendenz sogar eher als unwichtig eingestuft.

Kontakt und weitere Informationen:

Ellen Schneider, M.A.

Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES)

Universität Mannheim

Telefon: 0621/181-2854

Telefax: 0621/181-2845

E-Mail: Ellen.Schneider@mzes.uni-mannheim.de

Internet: <http://www.mzes.uni-mannheim.de>